

Jahrhundert, aber auch mit dem Imperialismus Japans, sind entscheidend. „Defensive Modernisierung“, wie Hans-Ulrich Wehler es für Deutschland konstatierte, spielte aber auch für die nordostasiatischen Staaten eine entscheidende Rolle bei deren verschiedenen Modernisierungen. Für die Zukunft Nordostasiens ist die friedvolle Beendigung sowohl der Teilung Koreas als auch Chinas zweifelsohne entscheidend. In der Diskussion wurde nach der Rolle sowohl der USA, Chinas aber auch Japans in diesem Prozess gefragt.

Im zweiten Vortragsblock standen die Deutschland- und Europastudien in Nordostasien im Mittelpunkt. Prof. Dr. Liaoyu Huang, Direktor des IDS der Universität Peking, sprach über Deutschlandstudien in China, Prof. Dr. Yoko Akiyama, Geschäftsführerin des Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Tokyo, Komaba/DESK, stellte das dortige Lehrprogramm vor. Der stellvertretende Direktor des ZeDES, Prof. Dr. Seong-Kyun Oh, formulierte „Drei Thesen zur Deutschland- und Europarezeption in Korea“. An der abschließenden Debatte beteiligten sich insbesondere Prof. Dr. Kwang-Yeong Shin, Vizepräsident der CAU und Mitglied des ZeDES, Prof. Dr. Nury Kim von der CAU und treibende Kraft auf koreanischer Seite zur Errichtung des DAAD-Zentrums der CAU sowie Prof. Dr. Gil-Yong Park (Semyung Universität).

Erfreulicherweise nimmt das Interesse an Europa und insbesondere an Deutschland – trotz oder vielleicht wegen der derzeitigen Krisen – in Nordostasien ständig zu. Das hat nicht nur mit der zunehmenden Bedeutung des wirtschaftlichen Austauschs zu tun, sondern betrifft auch Politik und Kultur insgesamt. Bei der Forschung und Lehre zeigte sich, dass die drei Zentren zwar unterschiedliche Fokussierungen haben, aber gemeinsame Interessen und Fragestellungen. Das Zentrum in Peking ist ausschließlich auf Deutschlandstudien bezogen, obwohl Deutschland ohne die Einbettung in die EU heute gar nicht zu thematisieren ist. Demgegenüber sind im DESK nur Sozialwissenschaftler beteiligt. Das ZeDES umfasst sowohl Deutschland- und Europastudien als auch alle sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen.

Zum Abschluss des Symposiums fand ein Organisationstreffen der drei nordostasiatischen DAAD-Zentren für Deutschland- und Europastudien statt, um die Zusammenarbeit zu intensivieren. Als erstes wurde das nächste Symposium zum Thema Friedenspolitik aus Anlass des Beginns des Ersten Weltkriegs für Ende 2014 in Peking ins Auge gefasst. 2015 soll ein weiteres Symposium in Tokio stattfinden. Darüber hinaus wurde ein Studierendenaustausch sowie die Gründung der zweisprachigen Nordostasiatische Zeitschrift für Deutschland- und Europastudien beschlossen, deren Direktor ich sein werde. Schließlich ist beabsichtigt, eine Nordostasiatische Vereinigung für Deutschland- und Europastudien zu begründen.

György Széll

Gemeinsame internationale Jahrestagung des BMBF-Kompetenznetzes „Regieren in China“ und des Arbeitskreises Sozialwissenschaftliche Chinaforschung (ASC) der DGA

Universität Wien, 22.–23. November 2013

Bereits zum vierten Mal richteten das vom Bundesforschungsministerium geförderte Kompetenznetz „Regieren in China“ und der DGA-Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Chinaforschung (ASC) gemeinsam eine internationale Tagung aus. Die Organisation lag bei Christian Göbel (Universität Wien), der die Tagung mit einführenden Worten eröffnete. Es folgte eine erste Vorstellungsrunde individueller Papiere, in der Sandra Heep und Mikko Huotari (beide Universität Freiburg) eine Studie zu Chinas Rolle in Fragen der internationalen Finanz-

Governance vorstellten. Ihr Beitrag rückte die Bedeutung des heimischen Finanzsektors zum Verständnis des chinesischen Verhaltens in den Vordergrund. Der Kommentar von Jörn-Carsten Gottwald (Universität Bochum) leitete eine lebhaft Diskussions ein. Katja Levy (FU Berlin) beschäftigte sich in ihrem Papier mit der aktuellen chinesischen Fachdiskussion zur Abschaffung des Systems der „Umerziehung durch Arbeit“. Beispielhaft entwickelte sie hieran, wie unterschiedlich die Konzeptionen von „sozialer Stabilität“ in westlichen und chinesischen Diskursen sind. Als Kommentatorin wies Agnes Schick-Chen (Universität Wien) auf die zahlreichen internen Widersprüche chinesischer Rechtsdiskurse hin, die solche Studien aufzudecken vermögen.

Ein zweites Panel fokussierte thematisch auf die Frage der Widerstandsfähigkeit der kommunistischen Einparteiensherrschaft. Als Kommentator fungierte Andrew Nathan (Columbia University), der den Begriff der „authoritarian resilience“ 2003 prägte und damit eine breite Diskussion in Politikwissenschaft und Chinaforschung anstieß. Dali Yang (University of Chicago) präsentierte eine quantitative Untersuchung, die Unterstützungsquoten für lokale Regierungen in China in Bezug zu ihrer Performanz setzt. Der Aufsatz zeigte, dass die persönliche Abhängigkeit der Befragten vom Parteistaat nur teilweise ihre Einschätzung der Regierungsarbeit beeinflusst. Gunter Schubert (Universität Tübingen) stellte eine gemeinsam mit Anna Ahlers (MERICS, Berlin) und Thomas Heberer (Universität Duisburg-Essen) verfasste Studie vor. Basierend auf langjährigen und umfangreichen Feldstudien im ländlichen China argumentierten diese Autoren, dass Politikprozesse im Lokalstaat, insbesondere „effektive Politikimplementierung“ auch gegenüber dem privatwirtschaftlichen Sektor, ein wichtiger Baustein zum Verständnis von Systemstabilität und Regimelegitimität in China darstellen.

Fragen der Regimestabilität bearbeitete auch das Panel am Folgetag, allerdings mit einem Fokus auf das Internet. Madeline Carr (Aberystwyth University) diskutierte die Konfrontation unterschiedlicher Paradigmen der Netzpolitik. Das von den USA propagierte „freie Internet“ interpretierte sie als „containment“-Strategie, welcher China bisher erfolgreich seine Konzeption der „Netzsoveränität“ entgegenstellt. Mit ähnlichen Fragen beschäftigte sich auch Maximilian Mayers Beitrag zu Chinas Techno-Politik, wobei er in seiner Präsentation des Papers verstärkt auf das Beispiel des chinesischen Internetunternehmens WeChat und dessen Bedeutung für die infrastrukturelle Stärke und digitale Souveränität Chinas abhob. Christian Göbel und seine Co-Autorin Chen Xuelian (China Center for Comparative Politics & Economics) entwickelten eine Typologie des e-Governance. Als empirische Beispiele dafür dienten ihnen Experimente von Lokalregierungen, welche auf unterschiedlichen Wegen zur verbesserten Kommunikation zwischen staatlichen Stellen und Bürgern beitragen sollen. Die Kommentare in diesem Panel übernahmen Karsten Giese (GIGA, Hamburg) und Johan Lagerkvist (Swedish Institute of International Affairs). Präsentationen und Diskussion des Panels zeigten, dass die übliche Schwerpunktsetzung auf Zensur den Themenkomplex China und Internet unzureichend ausleuchtet.

In einer weiteren individuellen Paper-Vorstellung widmete sich Elena Meyer-Clement (Universität Tübingen) den konzeptionellen Ansätzen chinesischer Urbanisierungsstrategien. Der Kommentar von René Trappel (Universität Duisburg-Essen) zu diesem Forschungsbericht leitete die anschließende Diskussion zu Definition und Bedeutung von Urbanisierung im chinesischen Kontext ein.

Das letzte Panel der Konferenz war als Diskussionsrunde angelegt, in der sechs WissenschaftlerInnen in kurzen Präsentationen über ihre gesammelten Erfahrungen zum Thema Feldforschung und Datenerhebung in China berichteten. Erste Diskussionsgrundlage bildete ein Beitrag von Lena Springer (Universität Wien/Westminster). Sie plädierte dafür,

gesammelte Datensätze und Fotografien etc. anderen Wissenschaftlern zugänglich zu machen. Es folgte Felix Wemheuer (Universität Wien), der die Arbeit in chinesischen Archiven in den Mittelpunkt seiner Präsentation stellte, wobei er auf die Problematik der Zugänglichkeit zu den Archiven hinwies, sowie den Chancen als auch Risiken, die die zunehmende Digitalisierung von Archivadokumenten mit sich bringt. Anschließend präsentierte Sascha Klotzbücher (Universität Wien) exemplarisch einen Zusammenhang zwischen der sozialwissenschaftlichen Chinaforschung in den letzten Jahrzehnten und den politisch erwünschten bzw. von der Kommunistischen Partei Chinas geförderten Diskursen als prominente Forschungsfelder. Einen weiteren wichtigen Aspekt brachte Doris Fischer (Universität Würzburg) in die Diskussion ein, indem sie darstellte, wie sich die Zusammenarbeit mit chinesischen Wissenschaftlern in internationalen Kooperationen in den letzten Jahren verändert hat. Christian Göbel diskutierte in seinem Erfahrungsbericht die Auswirkungen von chinesischen Partnerinstitutionen auf die Auswahl von Untersuchungsfällen. Um unerwünschte Verzerrungen zu vermeiden, sprach er sich u.a. für umfassende Informationssammlung vorab aus. Mit ihrer detaillierten Analyse der Förderpolitik des „National Planning Office of Philosophy and Social Science“ anhand von Projektausschreibungen und Mittelbereitstellung nach Forschungsgebieten leitete der Vortrag von Heike Holbig (Universität Frankfurt) in die anschließende Diskussions- und Fragerunde über.

Mit abschließenden Worten des Veranstalters Christian Göbel endete die gemeinsame internationale Jahrestagung des BMBF-Kompetenznetzes „Regieren in China“ und des ASC. Wie in den vergangenen Jahren bot diese Konferenz den Teilnehmern eine ausgezeichnete Plattform für intensive Debatten, wissenschaftlichen Austausch mit nationalen und internationalen Kollegen und einen Überblick über aktuelle Themen der sozialwissenschaftlichen Chinaforschung. Da das Kompetenznetz einen erfolgreichen Verlängerungsantrag für weitere zwei Jahre gestellt hat, kann im kommenden Jahr die Kooperation mit dem ASC bei einer Tagung in Berlin fortgesetzt werden.

Eva Wieland und Björn Alpermann